

# FACHMITTEILUNGEN FÜR DIE KORREKTOREN

HERAUSGEGEBEN VON DER ZENTRAKKOMMISSION DER KORREKTOREN DEUTSCHLANDS  
VORSITZENDER: ARTUR GRAMS / BERLIN SW 11 / KÖNIGGRÄTZER STRASSE 89 (QUERGEBÄUDE III)  
VERANTWORTLICHER SCHRIFTFLEITER: FRIEDRICH OBERÜBER / BERLIN-NEUKÖLLN / BERGSTR. 76/77  
JUNI 1921 / DREIZEHNTER JAHRGANG / NUMMER 6

## DIE RECHTSCHREIBÄNDERUNG

Auch der Berliner „Vorwärts“, der zu den eifrigsten Verfechtern der Rechtschreibreform gehört, verurteilte es, daß kein Vertreter der Gehilfen im Buchdruckergewerbe zu den letzten Sitzungen des vorbereitenden Rechtschreibauschusses hinzugezogen war. Am 4. Mai veröffentlichte das Blatt dann folgende wichtige Zuschrift aus dem Reichsministerium des Innern:

„Über die Neuordnung der Rechtschreibung laufen abermals irreführende Nachrichten durch einen Teil der Presse, obwohl wiederholt amtliche Klarstellungen erfolgt sind. Es sei deshalb nochmals festgestellt, daß das Reichsministerium des Innern die Frage einer Neuordnung der deutschen Rechtschreibung von Anfang an nicht als eine Angelegenheit der Behörden angesehen hat, die noch dazu im geheimen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu regeln wäre, sondern als eine allgemeine deutsche Angelegenheit. Nachdem die Notwendigkeit einer Neuordnung der Rechtschreibung dem Reichsministerium des Innern wiederholt von maßgebenden Stellen, namentlich von den im Reichschulausschuß vereinigten Schulverwaltungen der Länder, nahegelegt worden war, hat das Ministerium, ohne die Bedenken zu verkennen, die namentlich aus wirtschaftlichen Gründen gegen eine weitgehende Reform geltend gemacht werden, sich der Aufgabe nicht verschließen können, in eingehenden und wiederholten Beratungen mit Sachverständigen aller Art, besonders mit berufenen Sprachwissenschaftlern, lediglich die technische Vorfrage zu prüfen, in welchem Umfang und nach welchen Gesichtspunkten eine etwaige Neuordnung zu erfolgen habe. Diese Beratungen haben nunmehr zu bestimmten Ergebnissen geführt, die zur Zeit den Unterrichtsverwaltungen der Länder zur Prüfung übersandt worden sind. Lehnen sie diese Vorschläge ab — die Entscheidung hat der Reichschulausschuß in seiner nächsten Sitzung Anfang Juni zu treffen —, so ist damit die Frage einer Neuordnung der Rechtschreibung vorläufig verneint. Stimmt der Reichschulausschuß dagegen den Vorschlägen zu, so ist der Zeitpunkt gekommen, sowohl weitere behördliche Stellen als vor allen Dingen auch die weiteste Öffentlichkeit zur Stellungnahme zu veranlassen. Das Reichsministerium des Innern plant für diesen Fall die Herausgabe einer Denkschrift, die einen ausführlichen Bericht über die bisherigen Verhandlungen sowie die wissenschaftlichen Gutachten der Sachverständigen und ihre endgültigen Vorschläge enthalten würde. Damit ist dann den weitesten Kreisen des deutschen Volkes und allen im besonderen beruflich oder wirtschaftlich an einer Neuordnung der Rechtschreibung interessierten Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, zu der wichtigen Frage, ob und in welcher Weise das äußere Gesicht der deutschen Sprache eine Änderung erfahren soll, und welche wirtschaftlichen Gründe für oder gegen eine Neuordnung sprechen, Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme erst wird über das weitere Schicksal der Neuordnung der Rechtschreibung entscheiden.“

Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler nahm Ende April auf seiner Hauptversammlung in Leipzig einstimmig eine lange Entschliebung an, worin entschieden Einspruch gegen die geplante Rechtschreibänderung wegen ihrer von

den Buchhändlern am besten zu ermessenden Schädlichkeit für das ganze deutsche Volk erhoben wird, und in der es dann weiter heißt:

„Als Hauptgrund für die Neuordnung wird die Notwendigkeit einer Entlastung der Schule angegeben. Dieser Gedanke dürfte irrig und trügerisch sein. Irrig, weil das Volksleben sich nicht der Schule unterzuordnen hat, sondern diese dem Leben; trügerisch, weil er für die Schuljugend nicht eine, sondern zwei Schreibweisen bedeutet, also doppelte Arbeit. Denn die Schuljugend müßte neben der zu ersinnenden, folgerichtig gar nicht durchführbaren Schreibweise die bestehende mit erlernen, um die vorhandene Literatur lesen und im praktischen Leben bestehen zu können. An die vorhandene Literatur darf und kann nicht gerührt werden, die ungeheuren, in den öffentlichen und privaten Büchereien und in den Vorräten des Buchhandels angelegten Werte dürfen und können nicht entwertet werden; einerlei, ob nach kurzer oder langer Schonzeit. Wir dürfen das Band nicht zerreißen, das uns fast allein noch mit den Deutschen außerhalb des Reiches eint, die Schriftsprache. Der Buchhandel erklärt, daß er seine Mitwirkung an solchem Tun ver sagt. Der Neudruck von Schulbüchern kann vielleicht erzwungen werden, obwohl wir uns auch hiergegen wehren werden. Aber im übrigen wird der Buchhandel lediglich der in Freiheit sich allmählich von selbst umformenden geltenden Schreibweise folgen. (?) Insbesondere lehnt er jede Neuordnung ab, die an der üblichen Wort- und Buchstabenfolge im Alphabet (z. B. Zil statt Ziel, Jarzent statt Jahrzehnt) ändern und so in die ganze Lexikographie und alle Kartotheken und dadurch in die Arbeit des ganzen Volkes heillose Verwirrung bringen würde. Dies würde der Standpunkt des Buchhandels auch in ruhigen Zeiten sein, in dieser Zeit der Not erst recht. Das deutsche Volk hat sich jetzt wahrlich um Wichtigeres zu sorgen als um die Erzwingung einer neuen Rechtschreibung, die, sie falle aus, wie sie wolle, nur willkürlich sein kann und daher neue Willkür und Unzufriedenheit verursachen muß.“

Die eigentliche treibende Kraft der Neuordnung ist bekanntlich die Lehrerschaft. Besonders sind es die sog. Schulreformer und die sozialdemokratischen Lehrer, denen die bekanntgewordenen Änderungsvorschläge nicht weitgehend genug sind. Der Sozialdemokratische Lehrertag in Dresden forderte eine „durchgreifende Umgestaltung der Rechtschreibung“, und Prof. Dr. Oskar Kühnhausen wettet im „Vorwärts“, wenn der Reichschulausschuß nicht imstande sei, das „Museum für ausgestorbene Buchstaben“ in unserer Rechtschreibung zu beseitigen, dann wäre er ungeeignet und solle sich für nicht zuständig in dieser Sache erklären. Die Berliner Bezirksgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer stellt für die „durchgreifende Neuordnung“ diese vier Forderungen: 1. kleine Anfangsbuchstaben der Dingwörter, wie im Alt- und Mittelhochdeutschen; 2. Beseitigung aller Dehnungszeichen; 3. lauttreue Schreibung, z. B. f für v; 4. Altchrift.

Die graphische Fachpresse lehnt demgegenüber in Übereinstimmung mit uns nach wie vor nicht nur den von den Lehrern erstrebten vollständigen Umsturz, sondern auch die jetzt maßvolleren Vorschläge des Ausschusses in Anbetracht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Not als unzweck-